



STELLUNGNAHME zum interfraktionellen Antrag GRÜNE-Gemeinderatsfraktion CDU-Gemeinderatsfraktion SPD-Gemeinderatsfraktion KAL/DIE PARTEI-Gemeinderatsfraktion FDP-Gemeinderatsfraktion DIE LINKE.-Gemeinderatsfraktion FW/FÜR-Gemeinderatsfraktion	Vorlage Nr.:	2019/1067
	Verantwortlich:	Dez. 3
Versorgungssituation klären im Bereich "Ambulante Pflege" und "Hauswirtschaftliche Unterstützung" von Senior*innen		

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	10.12.19	26	x	

Kurzfassung

Eine Unterarbeitsgruppe „Ambulante Pflege“ des Arbeitsausschuss Ältere Generation hat sich im September 2019 neu gegründet. Diese Arbeitsgruppe erstellt derzeit eine Umfrage, die sich an in diesem Bereich tätige Anbieter richtet. Die Verwaltung unterstützt die Umfrage mit einem Begleitschreiben.

Die Situation zur Versorgung bei eigener Pflegebedürftigkeit in Karlsruhe wird durch die Umfrage 55PLUS erfasst. Die Umfrage wird im Jahr 2021 erneut durchgeführt. Weitere Fragen zu den Themenkreisen „Ambulante Pflege“ und „Hauswirtschaftliche Unterstützung“ können aufgenommen werden.

Finanzielle Auswirkungen	Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)	
Ja <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/>				
Haushaltsmittel sind dauerhaft im Budget vorhanden Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Die Finanzierung wird auf Dauer wie folgt sichergestellt und ist in den ergänzenden Erläuterungen auszuführen: <input type="checkbox"/> Durch Wegfall bestehender Aufgaben (Aufgabenkritik) <input type="checkbox"/> Umschichtungen innerhalb des Dezernates <input type="checkbox"/> Der Gemeinderat beschließt die Maßnahme im gesamtstädtischen Interesse und stimmt einer Etatisierung in den Folgejahren zu				
IQ-relevant	x	Nein		Ja
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	x	Nein		Ja
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	x	Nein		Ja
				Korridor Thema: durchgeführt am abgestimmt mit

Im interfraktionellen Antrag soll die Verwaltung durch Befragung sowohl der aktuell in diesem Bereich tätigen Träger sowie von Haushalten von über 75-jährigen Mitgliedern, den potentiellen Nutzer*innen klären, ob die Kapazitäten im Bereich „Ambulante Pflege“ und „Hauswirtschaftliche Unterstützung“ in Karlsruhe momentan und in den nächsten fünf Jahren ausreichen.

Durch die interdisziplinäre Fachexpertise im Arbeitsausschuss Ältere Generation wurde die hohe Relevanz der bedarfsgerechten Versorgung in der ambulanten Pflege und der hauswirtschaftlichen Unterstützung erkannt. Um die spezielle Situation vertiefend zu analysieren und Handlungsmöglichkeiten zu erarbeiten, wurde eine Unterarbeitsgruppe „Ambulante Pflege“ im September 2019 neu gegründet, an der drei Träger von Pflegediensten beteiligt sind. Diese Arbeitsgruppe erstellt derzeit eine Umfrage, die sich an in diesem Bereich tätige Anbieter richtet. Die Verwaltung unterstützt die Umfrage mit einem Begleitschreiben.

Darüber hinaus sind die sozialräumliche Ausrichtung zur Entwicklung lokaler Verantwortungsgemeinschaften, eine stärkere Einbeziehung der Betroffenen selbst und die Einbindung bürgerschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Ressourcen in Karlsruhe im Aufbau. Dieses wird in den Empfehlungen der Enquetekommission „Pflege in Baden-Württemberg zukunftsfähig gestalten“ und dem 7. Altenbericht der Bundesregierung „Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften“ dargestellt. Der eingeschlagene Weg, in kooperativer und interdisziplinärer Zusammenarbeit zwischen Kommune, Trägern und Politik Handlungsmöglichkeiten auszuloten, ist ein längerfristiger Prozess, dessen Potential sich erst auf Dauer entfalten wird. Ziel dabei ist es, die Anbieter ambulanter Dienstleitungen in Karlsruhe einzubeziehen. Dem Pflegestützpunkt sind aktuell 55 in Karlsruhe tätige Pflegedienste bekannt.

Menschen ab 55 Jahren wurden im Rahmen der in mehreren deutschen Städten koordiniert durchgeführten Umfrage Generation 55plus zuletzt 2015 in Karlsruhe unter anderem zur Versorgung bei eigener Pflegebedürftigkeit befragt. Fragen, die die Inhalte des interfraktionellen Antrages betreffen, wurden bei dieser Umfrage nicht gestellt. Allerdings wurde nach der Einschätzung zu den Präferenzen bei einer künftigen eigenen Pflegebedürftigkeit gefragt. Die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger (49,9 Prozent) gibt an zu wissen, an wen man sich im Falle eigener Pflegebedürftigkeit wenden könnte. Am häufigsten wurden hier ambulante Pflegedienste genannt. Auch wurde für ambulante Pflegedienste erfragt, wie deren Erreichbarkeit und Zugang eingeschätzt wird: Über die Hälfte (54,1 Prozent) gab an, die Frage nicht beurteilen zu können. 12,3 Prozent empfinden die Erreichbarkeit und den Zugang zu ambulanten Pflegediensten als sehr einfach, 27 Prozent als ziemlich einfach, 6,1 Prozent ziemlich schwierig und 0,5 Prozent als sehr schwierig.

Die Umfrage soll im Jahr 2021 erneut durchgeführt werden und dann auch kleinräumige Analysen auf Ebene der Stadtteile ermöglichen. Weitere Fragen zu dem Themenkreis ambulante Pflege und Hauswirtschaftliche Unterstützung können zukünftig in den Fragebogen aufgenommen werden und weitere vertiefende Erkenntnisse aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger liefern.